

# Absicherung für Kinder gefordert

## Armutskonferenz in der Weberei: Experten berichten von prekären Lebenssituationen

**Gütersloh (GG).** Zwischen Angst und Hoffnungslosigkeit: Prekäre Beschäftigungen und Lebenssituationen bildeten bei der zweiten Gütersloher Armutskonferenz am vergangenen Samstag in der Gütersloher Weberei den Schwerpunkt. Eingeladen hatte das Netzwerk Gütersloher Armutskonferenz, ein Bündnis bestehend aus sozialen Organisationen, Verbänden, Initiativen und engagierten Einzelpersonen. Auch wenn es Armut in einem wirt-

schaftlich starken Land wie Deutschland eigentlich gar nicht geben sollte, so geraten immer mehr Rentner, Familien und Berufstätige unverschuldet in soziale Notlagen.

Schwerpunkt der Armutskonferenz war eine von Volker Brüggengjürgen vom Vorstand des Caritasverbandes für den Kreis Gütersloh moderierte Podiumsdiskussion, bei der Elvan Korkmaz (SPD, Mitglied des Bundestages), Helen Wiesner (CDU, Mitglied des Kreis-

tages), Inge Bultschnieder, (IG Werkfairträge), Armin Wiese (Gewerkschaft NGG) und Dr. Georg Robra (Erster Beigeordneter der Stadt Rheda-Wiedenbrück) mit Zuhörern über die desolaten Lebensbedingungen und ausbeuterischen Arbeitsbedingungen von Werkvertragsarbeitnehmern der Fleischindustrie sprachen.

Dabei klagte Inge Bultschnieder all jene Arbeitgeber an, die Arbeitnehmer zu abhängigen Sklavenarbeitern machen. So seien die

meisten Werksverträgen an Wohnungen gekoppelt. Auch wenn die Stadt Rheda-Wiedenbrück als Hochburg von prekären Beschäftigungen genannte wurde, so fänden sich aber derartige Zustände nahezu in allen Kommunen des Kreises wieder, weiß Bultschnieder. Es ist es kein Einzelfall, dass bis zu 15 Arbeiter in einer Bude hausen, für diese pro Kopf bis zu 250 Euro Miete pro Monat zahlen müssen. Ende 2016 wurden mehr als 15.000 Bulgaren, Polen und Rumänen im Kreis Gütersloh registriert. Mehr als 5500 süd- und osteuropäische Arbeitsmigranten leben in Rheda-Wiedenbrück. Durchschnittlich 600 An- und Abmeldungen pro Monat spiegeln die enorme Fluktuation wider. In Wohnraumkontrollen gehe man, in Begleitung von Polizei, Finanzbehörde und Zoll, konsequent und mit Bußgeldern gegen jeden vor, der den Standard nicht einhalte.

Bei der Frage von Ulrike Laubinger als Schulleiterin der Grundschule Blankenhagen, wie die Lebensbedingungen für Familie der Werkvertragsarbeiter verbessert werden könnten, erklärte Elvan Korkmaz, dass Kinder eigene finanzielle Absicherungen und Unterstützungen bräuchten, wofür sie sich stark machen möchte.



Volker Brüggengjürgen (links) moderiert die Diskussion. Auf dem Podium sitzen (von links) Dr.

Georg Robra, Helen Wiesner, Elvan Korkmaz, Armin Wiese und Inge Bultschnieder. Foto: Grund